

Weltmarkt oder Protektionismus?

Als Industrieland lebt Deutschland von der Verarbeitung von Energie und Rohstoffen. Nicht nur Rohstoffe und Vorprodukte werden auf dem Weltmarkt bezogen, sondern auch und vor allem Primärenergie. Der deutsche Primärenergieverbrauch – 2019 etwa 437 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten – beruht zu etwa 60 % auf Import von Erdgas und Mineralölen. Mit der Energiewende und dem Ausstieg aus Kohle und Atomkraft wird die Importabhängigkeit der Energieversorgung weiter zunehmen.

Die Importrechnung spielt keine große Rolle, solange im Außenhandel hohe Überschüsse erwirtschaftet werden. Ausgewogen und stabil bleiben Handelsbeziehungen nur, solange sich Einfuhren und Ausfuhren die Waage halten. Dauerhafte, verfestigte Ungleichgewichte werden Zündstoff für Handelskonflikte und Währungskriege.

Im Jahr 2018 wurden 80 % des deutschen Exportüberschusses von insgesamt 228 Mrd Euro mit sieben Handelspartnern erwirtschaftet:

USA (49 Mrd €), Großbritannien (45 Mrd €), Frankreich (40 Mrd €), Österreich (22 Mrd €), Italien (10 Mrd €), Polen und Schweiz (jeweils 8 Mrd €)

Im Handel mit China war hingegen bei einem Außenhandelsvolumen von 199 Mrd € ein Defizit zu verzeichnen; Importe aus China überwogen Einfuhren aus Deutschland um 13 Mrd. €. Defizite

wurden auch im Handel mit den Niederlanden und Tschechien eingefahren.

Der Exportüberschuss aus dem Handel der Eurozone mit Drittländern betrug 2018 insgesamt 194 Mrd €. Die Wirtschaftskraft Europas steht und fällt mit der deutschen Exportmaschine.

Innerhalb der Eurozone wird der wirtschaftliche Erfolg der Mitgliedsländer auch durch die Geldpolitik der EZB umverteilt; überschuldete Länder mit hohem Außenhandelsdefizit können Ihre Importrechnungen aus dem Euroraum bei der Zentralbank anschreiben lassen. In anderen Worten: Mit Frankreich, Italien und Österreich stehen 32 % des deutschen Exportüberschusses unter dem Vorbehalt permanenter Eurorettung durch die EZB. Deren Nullzinspolitik verzerrt überdies den Wettbewerb, indem sie überschuldete und konkursreife Staaten und Unternehmen auf Kosten von Sparern und gesunden Unternehmen begünstigt.

Die Geldpolitik hält notleidende Zombieunternehmen über Wasser. Wenn überschuldete Anbieter am Markt bleiben, wird das strukturelle Überangebot zementiert. So wird auch der Weltmarkt durch Dumpingpreise notleidender Anbieter zerstört, eine fatale Folge desaströser Notenbankpolitik.

Die Geldpolitik der EZB sorgt nebenbei auch für einen schwachen Außenwert des Euro gegenüber anderen Währungen. Das hilft zwar der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Exportindustrie, führt aber zu Ungemach mit den beiden wichtigsten Abnehmerländern USA und Großbritannien, mit denen 2018 weitere 41 % des deutschen Exportüberschusses erwirtschaftet wurden. Der billige Euro sorgt seit 2012 für Handelsbilanzüberschüsse der gesamten Eurozone, seit 2016 ist

der europäische Handelsbilanzüberschuss allerdings wegen des Abwertungswettlaufs mit dem US-Dollar wieder rückläufig. Der Weltmarkt erlaubt keine einseitigen Vorteile durch Währungstrickserei.

Die US-Administration hat das Problem ausufernder Außenhandelsdefizite erkannt und adressiert. Jede US-Regierung wird auf die eine oder andere Weise versuchen müssen, das exorbitante Außenhandelsdefizit in den Griff zu kriegen. Die überschuldete Nation kann der Zahlungsunfähigkeit nur durch Inflation und Abwertung der eigenen Währung entgehen. Zölle und Abwertung verteuern Importe und Konsum auf Pump. Da die konsumgetriebene US-Wirtschaft völlig von Schulden und billigen Importen abhängig ist, dürfte sich die wirtschaftliche Lage der US-Bürger nach der nächsten Wahl dramatisch verschlechtern. Der deutsche Außenhandelsüberschuss mit den USA wird auf keinen Fall zu halten sein.

Großbritannien wird nach dem Brexit versuchen, das Außenhandelsdefizit mit der EU und insbesondere mit Deutschland abzubauen. Es wird sich die Freiheit nehmen, den eigenen Wirtschaftsraum notfalls mit Zöllen, auf jeden Fall aber durch Abwertung der eigenen Währung zu schützen, falls Kapitalzuflüsse und Investitionen das Außenhandelsdefizit nicht ausgleichen können. Auch hier wird der deutsche Außenhandelsüberschuss keinen Bestand haben.

Je größer Überschuldung und Handelsbilanzdefizite, desto näher ist der Bankrott; desto notwendiger wird es auch, das eigene Land vor Auszehrung und Verarmung zu schützen. Mit der Verschlechterung der Handelsbilanz und steigenden Schulden wächst zwangsläufig die Bereitschaft zu Protektionismus.

Die deutsche Politik aber dreht erst einmal weiter an der Kostenschraube, verschlechtert durch allerlei Interventionismus die Standortbedingungen und treibt produzierende Unternehmen aus dem Lande. Eine europaweite CO₂-Reduktion kann nur erreicht werden, wenn in Europa weniger produziert und weniger Energie umgewandelt wird. Den Bedarf an Konsum- und Investitionsgütern wird dann China decken, solange Europa noch zahlen kann: Wenn das Außenhandelsdefizit zu groß wird, kann die Importrechnung allenfalls noch in weicher Währung bezahlt werden.

Kurzum, alle Zeichen an der Wand lassen erkennen, dass die Zeit der Außenhandelsüberschüsse zu Ende geht und wir nicht in alle Ewigkeit mit dem gewohnten Wohlstand rechnen können. Der angestrebte „Umbau“ zu einer klimaneutralen Wirtschaft kann ohne Zollschränken nur ein überaus teures Fiasko werden.

Das vom Freihandel verwöhnte Deutschland wird die Einstellung zum Protektionismus erst ändern, wenn das eigene Außenhandelsdefizit mit China amerikanische Dimensionen erreicht. Oder wenn Frankreich und Italien nicht mehr zahlen können, weil die EZB die Kontrolle über Zinsen und Währung verliert und sich alle Target-2-Forderungen in Luft auflösen. Politiker aller Parteien werden Importzölle fordern, wenn die Kosten des Wohlfahrtsstaates explodieren und bei den einheimischen Steuerzahlern nichts mehr zu holen ist.

Während die Kosten steigen, sinken die Einnahmen: Landwirte kennen dieses Phänomen zur Genüge. Die Natur lässt die Bäume auch nicht in den Himmel wachsen.

Auch der Exportüberschuss der Eurozone wird in den nächsten Jahren weiter schrumpfen und sich vielleicht schon bald in ein

Defizit verwandeln. Jeder Bauer weiß, dass man nicht mehr ausgeben kann, als man einnimmt. Wer mehr verbraucht, als er erzeugt, lebt über seine Verhältnisse. Dieser Weg führt nicht zu Wohlstand, sondern in den Ruin.

Eine echte Agrarreform würde die EU entlasten: Sie könnte alle Agrarsubventionen einsparen und stattdessen Zölle auf den Import von Agrarrohstoffen und Lebensmitteln erheben. Die Handelsbilanz würde auf der Importseite entlastet. Die Agrarsubventionen kosten die EU mehr, als mit Agrarexporten auf dem Weltmarkt zu holen ist.

Die europäische Landwirtschaft würde damit zum Vorreiter und Vorbild für den gewünschten Umbau der Wirtschaft. Der könnte sogar gelingen, falls die menschliche Arbeitsleistung im gleichen Zuge von Steuern und Abgaben befreit würde. Sozialleistungen und Staatsaufgaben wären dann aus Importsteuern (Zöllen) auf Energie und Rohstoffe zu finanzieren. Das wäre ein echter „Umbau“.

Auch interessant: <http://www.bauerwilli.com/der-umbau/>